

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 24. und 25. Februar 2022, Paris, Frankreich

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
II. Einführung.....	2
III. Ablauf der Tagung	2
IV. Eröffnungssitzung	2
V. Sondersitzung zur Situation in der Ukraine	3
VI. Die Antwort der EU auf die Krise in der Ukraine.....	3
VII. Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine	3
VIII. Schlusserklärung	5

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 20. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

- Abgeordneter **Fabian Funke** (SPD),
- Abgeordneter **Tobias Bacherle** (Bündnis 90/Grüne),
- Abgeordneter **Rainer Semet** (FDP),
- Abgeordneter **Gerald Otten** (AfD).

II. Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedsstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

III. Ablauf der Tagung

Die 20. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des französischen Senats (französische EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2022) am 24. und 25. Februar 2022 in Paris statt. An der Konferenz nahmen 133 Delegierte aus 27 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie sechzehn Delegierte aus fünf Partnerländern (Island, Montenegro, Norwegen, Türkei und Vereinigtes Königreich) sowie Serbien, teil. Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und vier weitere Sitzungsabschnitte unterteilt. Aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine am Vortag der Konferenz beschlossen die Delegierten, die Tagesordnung anzupassen und die gesamte Konferenz diesem Thema zu widmen. Einstimmig verabschiedeten die Konferenzteilnehmer eine Resolution zum Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine. Diese ist unter Punkt VIII dieser Unterrichtung abgedruckt.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird im zweiten Halbjahr 2022 auf Einladung des tschechischen Parlaments stattfinden.

IV. Eröffnungssitzung

Sowohl der Präsident des französischen Senats, **Gerard Larchner**, als auch die Vizepräsidentin der französischen Nationalversammlung, **Laetitia Saint-Paul**, verurteilten die Aggression gegen die Ukraine als einen inakzeptablen kriegerischen Akt, auf den die EU entschlossen und vereint reagieren müsse. Die stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des französischen Senats, **Patricia Mirrales**, konstatierte eine Krise des Multilateralismus und mahnte die Notwendigkeit einer europäischen strategischen Autonomie an. Sie forderte daher, die europäischen Verteidigungsfähigkeiten schnell und umfassend zu stärken. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des französischen Nationalrats, **Jean-Louis Bourlanges**, sah die Freiheit, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa bedroht und forderte eine starke Antwort der EU auf den russischen Angriff und die schnelle Verbesserung der europäischen Handlungsfähigkeit. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EP, **David McAllister**, berichtete von der Reaktion des EU-Parlamentes, welches die Aggression der Russischen Föderation auf das Schärfste verurteilte. Er sehe durch diesen Angriff das demokratische Zusammenleben in ganz Europa bedroht und forderte Solidarität mit der Ukraine. Der EU komme eine Führungsrolle bei der Antwort auf die Aggression zu. Man müsse die strategische Souveränität der EU weiter stärken und eine kohärente EU-Strategie entwickeln.

V. Sondersitzung zur Situation in der Ukraine

Der Botschafter der Ukraine in Frankreich, **Vadym Omelchenko**, beschrieb in eindringlichen Worten detailliert die Situation der russischen Invasion sowie die Auswirkungen und die Situation der Zivilbevölkerung. Er konstatierte den Bruch mit der UN-Charta und unterstrich das Recht der Ukraine zur Selbstverteidigung. Der Angriff erstreckte sich auf das gesamte Staatsgebiet und werde vom Lande, zu Wasser und aus der Luft durchgeführt. Er sehe eine weltweite Bedrohung des Friedens durch die Russische Föderation und forderte eine weitgehende und weltweite Antwort darauf. Er berichtete, dass die ukrainische Armee starken Widerstand leiste und das Vorrücken der russischen Armee aufhalte. Er bat die versammelten Parlamentarier um Unterstützung durch Ausrüstung, Waffen, Treibstoff und Blutkonserven. Des Weiteren forderte er, russische Auslandssender zu blockieren, Russland den Zugang zum internationalen Zahlungssystem zu sperren, die Energieabhängigkeit von Russland zu senken und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland.

In der Einschätzung der Situation war man sich unter den Delegierten einig, dass der Krieg in der Ukraine eine historische Zäsur darstelle. Die Staaten der Europäischen Union müssten sich geschlossen und entschlossen dieser Aggression entgegenstellen. Die östlichen Mitgliedstaaten der EU beklagten, dass ihre Warnungen bezüglich eines neuen russischen Neoimperialismus nicht ernst genommen worden seien. Der polnische Delegationsleiter, Delegierter **Radoslaw Fogiel**, sprach von einer historischen Fehleinschätzung der westlichen Mitgliedstaaten. Man müsse Russland gemeinsam Einhalt gebieten, isolieren und die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen beenden. Dies sei der Preis für Frieden und den Erhalt der Demokratie.

VI. Die Antwort der EU auf die Krise in der Ukraine

Die Ko-Präsidentschaft hatte kurzfristig beschlossen, eine gemeinsame Resolution als Antwort auf die russische Aggression gegen die Ukraine durch die Konferenz zu verabschieden und legte einen Textentwurf vor. Alle nationalen Delegationen hatten die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. In der Debatte konstatierte Abgeordneter **Rainer Semet**, dass auch er die Absichten der russischen Führung falsch eingeschätzt habe. Der Krieg sei jetzt nach Europa zurückgekehrt. Er verurteilte die russische Aggression auf das Schärfste und forderte, den Druck auf die Russische Föderation zu erhöhen, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen und bekundete die Solidarität mit der Ukraine. Delegierter **Michael Gahler**, MdEP und Berichterstatter für die Ukraine im Auswärtigen Ausschuss des EP, forderte eine umfassende Antwort der EU auf die russische Aggression in Form der Beendigung des Zugangs der Russischen Föderation zum internationalen Zahlungssystem SWIFT und ein Gas- und Ölembargo. Er forderte die Bundesregierung auf, ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System zu überdenken. Diese Haltung wurde von mehreren Mitgliedsstaaten unterstützt, darunter Österreich, Litauen, Polen und Estland. Dessen Delegationsleiter, **Marko Mihkelson**, berichtete, dass sein Land die Ukraine bereits mit Waffen unterstützt habe und forderte zu direkten Waffenlieferungen an die Ukraine auf. **Kacper Plazynski**, polnischer Delegierter, warf der Bundesregierung vor, dass unter anderem die deutsche Energiepolitik für die jetzige Situation verantwortlich gemacht werden könne. In der weiteren Debatte wurde die Stärkung der europäischen Verteidigung durch bessere strategische Autonomie und engere militärische Zusammenarbeit, komplementär zur NATO, gefordert. Die Mitgliedsstaaten sollten das Zwei-Prozent-Ziel der Ausgaben für Verteidigung schneller erreichen. Einige Teilnehmer forderten, der Ukraine die Möglichkeit zum EU-Beitritt offen zu halten beziehungsweise Beitrittsverhandlungen anzubieten; andere sprachen sich dafür aus, russische Auslandssender zu verbieten, um die Möglichkeit zur Verbreitung von Propaganda einzuschränken. Ausnahmslos bekundeten die Teilnehmer der Konferenz ihre Solidarität mit der Ukraine und sicherten die volle Unterstützung bei der Bekämpfung der russischen Aggression zu. Nach der Debatte wurde die Resolution einstimmig durch die Konferenz angenommen.

VII. Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine

Swetlana Tichanowskaja erläuterte, dass Diktatoren nicht umzuerziehen seien und forderte einen gemeinsamen Einsatz, um sowohl Putin als auch Lukaschenko zu stoppen. Um das zu erreichen, solle man umgehend möglichst harte Sanktionen gegen beide Regime verhängen. Sie stehe bereit, um Belarus in die Unabhängigkeit zu führen und forderte Unterstützung und Solidarität. Der Generalsekretär im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, **Francois Delattre**, der für den französischen Außenminister sprach, erläuterte, dass sich Russland trotz aller diplomatischen Bemühungen entschieden habe, einen völkerrechtswidrigen Krieg zu beginnen. Die Grundlagen der internationalen Weltordnung seien damit angegriffen worden. Er berichtete weiter über die

von den europäischen Staats- und Regierungschefs am Vorabend vereinbarten Hilfen für die Ukraine auf politischer, humanitärer, logistischer und wirtschaftlicher Ebene in Höhe von 1,2 Milliarden Euro und sicherte der Ukraine die rückhaltlose Unterstützung für ihre territoriale Integrität zu. Demonstrativ haben sich die Führungen der NATO, der EU und der nationalen Staats- und Regierungschefs gemeinsam erklärt und Geschlossenheit bei der Unterstützung der Ukraine bekundet. Europa habe keine andere Wahl, als machtvoll und geschlossen der Aggression entgegenzutreten. Die Delegierten sprachen sich für schnelle und umfangreiche Sanktionen gegen Russland aus, die auch den Energiesektor nicht ausschließen dürften. Viele Stimmen warben dabei auch um den Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System. Mehrheitlich sprach man sich für die Stärkung der militärischen Präsenz der NATO im Osten Europas aus. Zudem müsse die EU eine eigene Eingreiftruppe aufstellen, um ihre Interessen abzusichern.

Berlin, den 8. April 2022

Fabian Funke

Für die deutsche Delegation

VIII. Schlusserklärung

20. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP), 24.-25. Februar 2022, Paris

25. Februar 2022

Erklärung

Wir, Vertreter der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung aller nationalen Parlamente der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments,

1. Verurteilen auf das Schärfste die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine, die einen klaren Verstoß gegen die von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Grundsätze und die von Russland eingegangenen Verpflichtungen darstellt.
2. Bekunden unsere uneingeschränkte Solidarität mit den rechtmäßigen Behörden der Ukraine und dem ukrainischen Volk.
3. Bekräftigen nachdrücklich unsere Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.
4. Rufen die Russische Föderation zu einem sofortigen und bedingungslosen Rückzug ihrer in der Ukraine stationierten Streitkräfte auf.
5. Verurteilen die Blankovollmacht des russischen Parlaments für die Invasion der Ukraine und die Instrumentalisierung der parlamentarischen Institution für Zwecke der territorialen Eroberung.
6. Rufen die parlamentarischen Gremien multilateraler Organisationen auf, die Invasion der Ukraine und die Handlungen der Russischen Föderation zu verurteilen.
7. Betonen die Verantwortung der Führung der Russischen Föderation für die Auslösung und die Folgen dieses Konflikts.
8. Rufen die Europäische Union zu politischen, wirtschaftlichen, handelspolitischen und finanziellen Sanktionen gegen die Russische Föderation in bisher ungekanntem Ausmaß auf, die unverzüglich umzusetzen sind und in Abstimmung mit unseren Partnern und Verbündeten festgelegt werden.
9. Fordern die Europäische Union auf, die Regierung und das Volk der Ukraine massiv und unerschütterlich zu unterstützen, indem sie alle notwendigen Mittel, insbesondere wirtschaftlicher und humanitärer Art mobilisiert, und sich mit ihren Partnern und Verbündeten abzustimmen, um diese Unterstützung zu verstärken, und begrüßen gleichzeitig die Schnelligkeit, mit der kürzlich ein Darlehen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro von der Europäischen Union für die Ukraine bewilligt wurde.
10. Wünschen uns, dass die Europäische Union sich so schnell wie möglich organisiert, um die Flüchtlinge, die dieser Krieg wahrscheinlich hervorruft, unter den bestmöglichen Bedingungen aufzunehmen.
11. Bekunden in diesem Zusammenhang unsere Einigkeit, unser unerschütterliches Bekenntnis zu den gemeinsamen europäischen Werten und unsere Entschlossenheit, die Solidarität mit den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der Union zu stärken.

